

Prof. Dr. CLAUS TIEDEMANN, UNIVERSITÄT HAMBURG

Hamburg, den 25.01.2021

[<tiedemann@uni-hamburg.de>](mailto:tiedemann@uni-hamburg.de)

[<www.claustiedemann.de/>](http://www.claustiedemann.de/)

[<www.sport-geschichte.de/>](http://www.sport-geschichte.de/)

[<www.kulturwiss.info/>](http://www.kulturwiss.info/)

Entwurf einer Stellungnahme des ADH-Vorstands zur „freizeitpolitischen Konzeption des DSB“.

Entwurf für den Redebeitrag eines Vorstandsmitglieds des Allgemeinen Deutschen Hochschulverbands (ADH) bei der 15. Sitzung des DSB-Hauptausschusses am 6. Dezember 1975 in Frankfurt/M.

Unveröffentlichtes Manuskript vom 28. November 1975.

Die „FREIZEITPOLITISCHE KONZEPTION DES DEUTSCHEN SPORTBUNDES“¹ (im Folgenden abgekürzt: **fpK**) erscheint dem Vorstand des ADH in der vorliegenden Form nicht verabschiedungsreif.

- 1.) Sie enthält eine Fehleinschätzung: eine Überschätzung der Funktion des DSB für die gesamte Bevölkerung.
- 2.) Sie geht von einer falschen „Freizeit“-Theorie aus.
- 3.) Sie enthält Widersprüche und Verschleierungen.

Diese Beurteilung soll im Folgenden - notwendigerweise kurz - begründet werden.

zu 1.): In der Formel „Sport für alle“ als Ziel (Satz 2 der fpK) spiegelt sich zum Ersten die Realität wider, dass der DSB nicht alle repräsentiert. Es wird oft gesagt, der DSB sei die größte Personenvereinigung in der BRD; mich wundert nur, dass die Führungen der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften dem nicht schon längst widersprochen haben. Immerhin ist gut ein Fünftel der Bevölkerung im DSB organisiert. Aber bestimmte Gruppen wie Kinder und Jugendliche sowie von den Erwachsenen eine Gruppe, die oft „Mittelschicht“ genannt wird, sind deutlich überrepräsentiert, während bestimmte Gruppen wie Arbeiter und Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Der DSB repräsentiert also (zur Zeit) nicht alle.

Der DSB erhebt sich aber mit der Formel „Sport für alle“ zum Fürsprecher der ganzen Bevölkerung. Auf Seite 2 unten heißt es: „Der DSB hat ... seine Verantwortung für die Entwicklungen des Freizeitlebens in unserem Land fortgesetzt unterstrichen.“ Der selbstgesetzte Anspruch - der DSB als Mahner und Vorkämpfer der bundesrepublikanischen Freizeitpolitik - erweist sich als zu hoch: Wer diesen Anspruch an den DSB stellt, kann und muss ihn dann als mit-schuldig dafür bezeichnen, dass die „Freizeit“-Situation für die Mehrheit unserer Bevölkerung schon schlecht war - diese Erkenntnis wird sogar auf Seite 2 im dritten Absatz festgehalten - , und vor allem mit-schuldig daran, dass sie in der letzten Zeit noch schlechter geworden ist. Zwar konnte die tarifliche Arbeitszeit der Lohnabhängigen in einigen Bereichen ge-

¹ „DIE FREIZEITPOLITISCHE KONZEPTION DES DEUTSCHEN SPORTBUNDES“, 11 Seiten, wurde als vervielfältigtes Manuskript den DSB-Mitgliedsverbänden (erst) im November 1975 zugeschickt. Bei der 15. Sitzung des Hauptausschusses am 6. Dezember 1975 in Frankfurt/M. wollte das DSB-Präsidium diese „Konzeption“ - zur Feier des 25-jährigen Bestehens des DSB - beschließen lassen. Ich war in der „Amtsperiode“ zuvor (1974-75) Mitglied des ADH-Vorstands gewesen und (deshalb) vom „neuen“ Vorstand um einen Entwurf einer Stellungnahme zur fpK gebeten worden.

senkt werden; aber das kann man nicht einfach mit einem, wie es so schön fatalistisch heißt, „gegebenen Zuwachs an freier Zeit“ (fpK, Seite 2 Mitte) gleichsetzen. In der Hochkonjunktur haben viele Lohnabhängige die - perfide - „Gelegenheit“ zu Überstunden wahrgenommen, um ihre materielle Lebensbasis außer-tariflich aufzubessern, und hatten deshalb keine freie Zeit. Jetzt, in der Krise, hätten sie vielleicht die freie Zeit, aber ihr Lebensstandard ist eingeschränkt - von den Millionen Kurzarbeitern und Arbeitslosen ganz zu schweigen.

zu 2.): Dies zeigt deutlich, dass die fpK von einer falschen, die Realität nicht richtig erfassenden „Freizeit“-Theorie ausgeht. Sie übersieht oder verschweigt die beiden entscheidenden Tatsachen, dass die Menschen erstens genug zum Leben und zweitens genug Zeit zur Verfügung haben müssen, bevor sie Sport treiben können. Diese Voraussetzungen einer aktiven Freizeitgestaltung mussten von der lohnabhängigen Mehrheit unserer Bevölkerung immer erst erkämpft werden; und zur Zeit sind sie höchst gefährdet. Eine fpK, die das ignoriert, ist nicht im Interesse der Mehrheit unserer Bevölkerung, ist nicht demokratisch.

Indirekt gibt der Satz auf Seite 2, es sei ein Leitgedanke des DSB, „dass Sport und Spiel in der heutigen Gesellschaft kein Vorrecht einer Minderheit mehr sein dürfen“, zu, dass es zumindest bisher so war. Das Etikett einer „modernen Freizeitpolitik“ (direkt dahinter) lässt befürchten, dass damit eine Politik der „Anpassung“ (Seite 3 oben) gemeint ist, also eine Politik des Hinterherlaufens hinter einer gesellschaftlichen Entwicklung, die von unbekanntem, zumindest ungenannten gesellschaftlichen Kräften in eine nicht bekannte oder genannte Richtung getrieben wird.

Positiv ist die Berufung auf „das vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (Seite 1 Mitte). Das wird aber sofort abgeschwächt, indem „Bewegung, Spiel und Sport“ zu solchen „elementaren menschlichen Bedürfnissen“ gezählt wird, „die sich nur in der Freizeit des einzelnen Menschen verwirklichen lassen“.

zu 3.): Überhaupt stellt diese sogenannte fpK keine schlüssige Konzeption dar, sondern eine Zusammenstellung widersprüchlicher und verschleiender Aussagen. Nur noch 4 kurze Beispiele:

1. Meine Ausführungen zur materiellen Lebenssituation der lohnabhängigen Mehrheit unserer Bevölkerung sollten deutlich machen, dass es zumindest irreführt, wenn es auf Seite 1 Mitte heißt, dass die „Bedürfnisse“ „Bewegung, Spiel und Sport“ „sich nur in der Freizeit des einzelnen Menschen verwirklichen lassen“.
2. Die allgemeine Aussage „Bewegung, Spiel und Sport tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei“ (Seite 1) ist in dieser allgemeinen Form nicht bewiesen. Der Indikativ, die sprachliche Form einer Tatsachenfeststellung, verschleiert, dass hier nur Möglichkeiten formuliert sind. Es müsste dazu gesagt werden, unter welchen konkreten - politischen und sozialen - Voraussetzungen aus den Möglichkeiten Realität werden kann.

3. Auf den Widerspruch zwischen der richtigen Erkenntnis, dass gesellschaftliche Planung für die Realisierung einer fpK nötig ist (Seite 10 unten), und der (traditionellen) Abwehr jeglicher „Bestrebungen zur Reglementierung ... des Freizeitlebens“ (Seite 2 Mitte) will ich hier nur hinweisen; das wäre sicher zu differenzieren.

4. Schließlich erscheint mir der Widerspruch zwischen den vielleicht ganz schönen papierenen Forderungen nach verstärkter staatlicher Förderung und der augenblicklichen finanziellen Situation der staatlichen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden so entscheidend, dass ich mich frage, wie der DSB ein so blauäugiges Papier in dieser Zeit unter die Leute zu bringen wagt. Kein Wort dazu, woher „der Staat“ das Geld für die „gesellschaftliche Aufgabe von nationalem Rang“ (Seite 11) nehmen soll! Wenn das Präsidium des DSB sich seit jüngerer Zeit als Spitze eines politischen Verbandes versteht - natürlich nicht parteipolitisch! - , dann darf es in dieser Frage nicht ausweichen.

Folgerungen: Es ließen sich noch weitere Ungereimtheiten auch im Detail anführen. Die angesprochenen reichen aber schon aus, von einer Verabschiedung des vorgelegten Entwurfs einer fpK des DSB abzuraten. Dieser Entwurf braucht eine intensive Überarbeitung, und die sollte auf einer Diskussion an der Basis der Mitgliedsorganisationen beruhen.

Der DSB braucht eine fpK. Aber das Thema ist zu wichtig, als dass es jetzt unüberlegt abgeschlossen werden dürfte. Da dürfen auch Irrationalismen keine Rolle spielen, wie etwa: „Es wäre doch schön, wenn zum DSB-Jubiläum ein Beschluss zur Freizeitpolitik gefasst würde.“ Wenn man „Signale setzen“ will, dann sollte man durch einen Vertagungsbeschluss der Realisierung der innerverbandlichen Demokratisierung eine Chance geben!

Wir sollten auch das DSB-Präsidium auffordern, seine Initiativen in Zukunft so rechtzeitig den Mitgliedsorganisationen mitzuteilen, dass sie Gelegenheit haben, auf ihren repräsentativen Versammlungen dazu eine Stellung zu erarbeiten, die im Hauptausschuss bzw. beim DSB-Bundestag zu vertreten ist. Das betrifft natürlich gleichermaßen Initiativen der Mitgliedsorganisationen.

Das bisherige Verfahren - besonders eklatant war die überstürzte Verabschiedung einer nicht einmal schriftlich vorliegenden Erklärung zum Thema „Sport und Bildung“ bei der letzten Hauptausschuss-Sitzung! - schließt eine Mitwirkung der Basis der Mitgliedsorganisationen völlig und die der Vorstände auch in beträchtlichem Maße aus, weil einfach die Zeit für eine gründliche Erarbeitung eines Standpunktes fehlt.

Der ADH-Vorstand plädiert also aus inhaltlichen Gründen und mit dem Ziel, die innerverbandliche Demokratie im DSB endlich zu verwirklichen, dafür, dem vorliegenden Entwurf einer fpK des DSB heute nicht zuzustimmen, sondern ihn nach einer Beratungsphase in den Mitgliedsorganisationen bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses in möglichst veränderter Form wieder vorzulegen.

P.S.:

Liebe Freunde im ADH-Vorstand! Ich habe mich schwer getan mit diesem Entwurf, weil meines Erachtens das Problem hauptsächlich darin besteht, beim Hauptausschuss eine kurze, präzise Rede zu halten, sonst verfehlen wir die Wirkung. Deshalb ist beileibe nicht alles in meinem Entwurf, was zu der fpK des DSB zu sagen (bzw. zu schreiben) wäre!

Ich habe noch kurz mit Walter Bernsdorff telefoniert; wir wollen eventuell - es ist ja fast dait zu rechnen, dass die fpK doch ziemlich einfach über die Bühne geht - anschließend eine längere Stellungnahme für den „hochschulsport“ gemeinsam verfassen.

Noch etwas zur Taktik: Ich meine, der ADH sollte diesmal zum Bericht des Präsidiums schweigen, obwohl auch hierzu sicher einiges gesagt werden müsste; aber dann würde die Versammlung durch ein Nebengefecht allergisiert und verschlösse sich sicher noch stärker der Argumentation auf dem Hauptkriegsschauplatz fpK.

Ihr solltet Euch gut überlegen, ob Ihr der Bitte Fritz Bauers vom 10.11. nachkommen wollt, ihm „Ergänzungen und Änderungen“ zur fpK bis zum 30.11. zuzuleiten; ich rate ab, weil mein Konzept ein Fundamentalangriff ist.

Es ist wirklich schon eine Frechheit, wie das Präsidium diesen Entwurf grundsätzlich billigen kann, wo es sich mit Leuten schmückt, die es besser wissen und wollen müssten (Grupe und die mal wieder versagende SPD-Gruppe).

Wichtig kann eine rechtzeitige Kontaktaufnahme zu Repräsentanten der großen Verbände schon am 5.12. sein; wenn man von ihnen einige zur Unterstützung bekäme, liefere es; hier setze ich große Hoffnungen auf Sylvia²! Guten Wirkungsgrad!

[handschriftlich:] Herzlich, Euer Claus

² Sylvia Schenk, damals Sprecherin der aktiven Leichtathlet*innen, war kurz zuvor in den jetzt amtierenden ADH-Vorstand gewählt worden. Allerdings vertrat am 6.12. das (ebenfalls neu gewählte) Vorstandsmitglied Enno Harms den ADH.